



Die palästinensische Tragödie

Die Vertreibung und Ermordung der Palästinenser ist seit 1948 herrschende Politik sämtlicher israelischer Regierungen.

Während der "wertebasierte" Westen seit der israelischen Staatsgründung im Mai 1948 die nahezu monatlichen Massaker des israelischen Militärs an den Palästinensern nicht nur toleriert, sondern auch mit gigantischen Waffenlieferungen unterstützt, stellt er aufgrund des Anschlags der Hamas vom 07. Oktober 2023 nicht nur die Hamas, sondern den gesamten berechtigten palästinensischen Widerstand mit einer beispiellosen Hetzkampagne an den Pranger. Die israelische Regierung fordert sogar, von der amerikanischen und deutschen Regierung unwidersprochen, die Auslöschung der Hamas.

Doch ist der Anschlag der Hamas nicht die eigentliche Ursache des nunmehr seit mehreren Monaten in Gaza stattfindenden Völkermords. Vielmehr ist die massenhafte Vertreibung und Ermordung der palästinensischen Bevölkerung seit der israelischen Staatsgründung fester Bestandteil israelischer Politik. Bereits vor und unmittelbar nach der Staatsgründung wurden mehr als 750.000 arabische bzw. palästinensische Einwohner vom israelischen Militär gewalttätig aus ihren Häusern und Dörfern vertrieben. 538 Dörfer wurden zerstört und dem Erdbeben gleichgemacht und ihre Bewohner wurden in den Folgejahren gezwungen, in menschenunwürdigen Flüchtlingslagern zu leben. Trotz zahlreicher UN-Resolutionen, mit denen die Vertreibungen als völkerrechtswidrig verurteilt und die israelischen Regierungen verpflichtet wurden, die Rückkehr der Palästinenser zu ermöglichen, hat Israel diese UN-Resolutionen bis zum heutigen Tage nicht nur missachtet, sondern den Lebensraum der Palästinenser in einem dramatischen Ausmaß immer weiter eingeschränkt. Die Massaker der israelischen Armee und der Polizei an den palästinensischen Einwohnern finden seit 1948 fortlaufend statt. So sind allein seit Anfang 2024 in der Westbank inzwischen ca. 400 Palästinenser getötet bzw. ermordet worden, ohne dass insoweit die westliche "Wertegemeinschaft" auch nur annähernd eine ähnliche Empörungswelle losgetreten hätte, wie nach dem 07. Oktober letzten Jahres. Statt dessen gerät die Verurteilung des Anschlags der Hamas zur deutschen Staatsräson, um der Israelischen Regierung einen Freibrief für alle weiteren Massenvernichtungen auszustellen.

Das Fiasko der deutschen Politik

Was die deutsche Politik bei ihren sich mit Israel solidarisierenden Reaktionen konsequent unterschlägt: Der Zynismus deutscher Außenpolitik spiegelt sich in dem unvoreingenommenen Bekenntnis zu der völkerrechtswidrigen Politik Israels. Palästina ist seit 1967, als Israel zum wiederholten Male seine Nachbarstaaten mit Krieg überzog, ein vom israelischen Militär völkerrechtswidrig besetztes Land. Das gesamte Westjordanland wird seitdem durch unzählige Mauern und Straßen zerstückelt, die nur von israelischen Staatsbürgern jüdischer Herkunft befahren werden dürfen. Das Westjordanland wird systematisch durch die militante Siedlungspolitik Israels für die Palästinenser immer unbewohnbarer gemacht. Seit 2006 wurde Gaza vom israelischen Militär völlig abgeriegelt, so dass seine Bewohner*innen ihren Wohnort nicht mehr verlassen können. Der Hintergrund dieser unmenschlichen israelischen Politik besteht in der seit mehr als hundert Jahren verfolgten Vision eines "Groß-Israel", welches erstmalig von den zionistischen Repräsentanten 1919 anlässlich der Versailler Konferenz präsentiert wurde. Dieses "Groß-Israel" reichte von Teilen des Libanon im Norden, erfasste den gesamten Sinai bis zur ägyptischen Grenze und sollte im Westen noch Teile von Jordanien einnehmen. Dieser Plan verlangte im traditionellen kolonialistischen Stil die konsequente Vertreibung der palästinensischen Einwohner*innen und ist in der Geschichte unter dem Begriff des "Transfer" eingegangen. Vor diesem historischen Hintergrund erklärt sich der seit dem 07. Oktober an den Palästinensern in Gaza verübte Völkermord und die

monströse Vertreibung seiner Bewohner*innen. Diese Entwicklung geht einher mit Monat für Monat neu errichteten jüdischen Siedlungen im Westjordanland, die eindeutig völkerrechtswidrig sind, aber im Schutz des israelischen Militärs gebaut werden. Sich wehrende palästinensische Bewohner*innen werden vom israelischen Militär gnadenlos zusammengeschlagen oder umgebracht und aus ihren Häusern und von ihren Äckern vertrieben.

Angesichts der Kriegsverbrechen Israels bei dem Massaker an der Bevölkerung in Gaza haben sich inzwischen viele UNO-Mitgliedsstaaten nicht nur empört über diese Barbarei gezeigt, sondern haben durch zahlreiche Resolutionen bis zur Klage beim Internationalen Gerichtshof die Verurteilung der Netanyahu-Regierung bzw. Israels gefordert. Trotzdem ist die deutsche Bundesregierung skandalöserweise nicht bereit, sich diesem internationalen Protest anzuschließen, sondern unterstützt sogar durch weitere Waffenlieferungen an Israel diesen barbarischen Völkermord und die weitere Vertreibung der Bevölkerung von Gaza. Fester Bestandteil dieser deutschen Politik besteht seit Monaten in einer zunehmenden Repression gegen alle, die sich dieser menschenverachtenden Kollaboration mit der israelischen Politik widersetzen. Das, was man gerne der russischen Politik attestiert, die Bekämpfung jeglicher Opposition gegen den Regierungskurs, gehört seit langem zur deutschen "Staatsräson". So wurden zahlreiche propalästinensische Kundgebungen und Demonstrationen verboten, auf den stattgefundenen Demonstrationen wurden Teilnehmer*innen in großer Zahl festgenommen oder es wurden Strafverfahren wegen Losungen eröffnet, die den israelischen Völkermord verurteilten. Diese Politik würde einem Polizeistaat alle Ehre machen, aber es gelingt leider immer noch, der zunehmenden Repression das Etikett der angeblichen Verteidigung von Freiheit und Demokratie überzustülpen oder aber die Kritik an der israelischen gewaltdominierten Politik mit dem Vorwurf des angeblichen Antisemitismus zu delegitimieren.

.....ist auch Ausdruck des Fiaskos der deutschen Linken

Aber zur ganzen Wahrheit gehört auch, dass die deutsche Linke beim Palästina-Thema nach wie vor tief gespalten ist und es trotz des nahezu beispiellosen Massakers an der palästinensischen Bevölkerung immer noch eine breite Solidarisierung mit Israel bzw. der israelischen Politik gibt. Diese Teile der Linken sind ganz offensichtlich blind dafür, dass die herrschenden Machteliten, also insbesondere die US-Regierung, aber auch die EU und die ihr angeschlossenen europäischen Regierungen, Israel als Frontstaat im Nahen Osten benötigen, um ihre imperialen Interessen durchzusetzen. Wenn eine deutsche Linke sich dennoch mit Israel weiterhin kritiklos solidarisiert, macht sie sich zum Teil dieser imperialen Interessen, was mit linker Politik dann aber nichts mehr zu tun hat. Dieses Politikverständnis findet sich deshalb leider auch in zahlreichen Aufrufen zum Ostermarsch wieder, wenn die Ursachen des aktuellen Konflikts nahezu tabuisiert werden und das Thema weitgehend auf Forderungen nach einem Waffenstillstand reduziert wird. Die neuesten Entwicklungen zeigen einmal mehr, dass die israelische Regierung trotz immer stärker werdender Proteste der Weltöffentlichkeit nicht ansatzweise bereit ist, ihren mörderischen Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung einzustellen. Diese menschenverachtende Politik ist für den israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu nur deshalb möglich, weil er bisher von den USA und US-Präsident Biden bedingungslos unterstützt wird, indem die USA selbst während der Zerstörung von Gaza Israel weiter mit Waffen beliefert und Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates nach einem sofortigen Waffenstillstand durch ein regelmäßiges Veto verhindert. Es geht dabei nicht um Menschenrechte, sondern ausnahmslos um Machtinteressen. Deshalb wird es auch nur dann eine Lösung geben, wenn der Druck der Weltöffentlichkeit noch deutlich stärker als bisher wird.

Die notwendigen Forderungen:

- **Für einen sofortigen Waffenstillstand und eine Verhandlungslösung**
- **Für die sofortige Aufhebung der Blockade und den bedingungslosen Rückzug des israelischen Militärs aus Gaza und dem Westjordanland**
- **Für ein uneingeschränktes Rückkehrrecht der Einwohner von Gaza**
- **Für einen Gefangenenaustausch der israelischen Geiseln sowie sämtlicher palästinensischer Gefangenen**